

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

BERLIN: Wir stehen am 17. September 2006 vor entscheidenden Wahlen

Es ist noch nicht zu spät, ein Signal für ganz Deutschland zu geben: Es ist die dringliche Verantwortung der SPD-KandidatInnen, für den Kurswechsel einzutreten!

Niemand kann wollen und zulassen, dass Berlin in den sozialen Verfall abgleitet. Das aber verlangt, Schluss zu machen mit der Auslieferung der öffentlichen Daseinsvorsorge, der sozialen Lebensbedingungen der Bevölkerung, an den zerstörerischen Wettbewerb und die Privatisierung.

Haben die ArbeitnehmerInnen, GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen nicht recht, die sich an die KandidatInnen der SPD mit der Erklärung gewandt haben: „Erfüllt die berechtigten Forderungen und elementaren Bedürfnisse der Berliner Bevölkerung!“ ?

Ihre Sorge ist sicher nicht übertrieben, dass Berlin auf eine Katastrophe zutreibt.

Fast 300.000 BerlinerInnen sind arbeitslos. 37% der Kinder in Berlin (und das ist die höchste Quote in Deutschland) leben in Armut; 10.000en StudentInnen wird die Finanzierung

eines Studienplatzes verweigert...

Viele BürgerInnen fürchten, dass sie ihre Miete für die an die US-Finanzspekulanten verscherbelten Wohnungen nicht mehr finanzieren können; dass sie ihr Wasser und den Strom, die seit der Privatisierung immer teurer werden, nicht mehr zahlen können; dass sie die Fahrpreise für Busse und Bahnen bald nicht mehr aufbringen können – Schüler, Eltern, Lehrer kämpfen gegen Unterrichtsausfall...

Die Beschäftigten und Nutzer der Berliner Verkehrsbetriebe BVG, von Krankenhäusern und Kitas, sind von den Folgen der Auslieferung an den Wettbewerb und Kürzungsmaßnahmen des SPD/PDS-Senats betroffen:

von Lohnkürzungen und Tarifvertragsbruch, von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Leistungen, von Stellen- und Bettenabbau.

Können SozialdemokratInnen es zulassen, dass alles, was unsere Großeltern und Eltern an sozialen Errungenschaften und Rechten erkämpft und aufgebaut haben, gerade in Berlin zerstört wird?

Die ArbeitnehmerInnen, die Bevölkerung Berlins wollen leben, – sie wollen, dass Berlin, die Hauptstadt des vereinten Deutschlands, vor dem sozialen Verfall gerettet wird.

Liegt es nicht in der Verantwortung der KandidatInnen der SPD, einzutreten dafür, dass in Berlin ein Signal gesetzt wird für den Bruch mit der Politik, die die Große Koalition von Müntefering und Merkel aufzwingt? D.h. mit einer Politik, die das Diktat der EU umsetzt; einer Politik, die das Land in den sozialen Ruin führt und die SPD einem dramatischen Niedergang aussetzt.

Liegt es nicht in ihrer Verantwortung, dafür einzutreten, dass Schluss gemacht wird mit der Zusammenarbeit mit der PDS für die Politik der zerstörerischen Privatisierung, die diese auf die ganze Stadt ausweiten will, nachdem von der Treuhand unter Kohl im Pakt mit der SED/PDS weitgehend das soziale Eigentum liquidiert und die staatlichen Betriebe im Osten wegrasiert wurden? So erweist sich PDS-Senator Harald Wolf, der erklärt, dass er nun auch im Westen Berlins mit den „staatswirtschaftlichen Strukturen aufräumen“ will, jetzt als überzeugter Anhänger der Privatisierung der Sparkasse und Messe und der Unterwerfung der öffentlichen Daseinsvorsorge, von der Charité bis hin zu den kommunalen Wohnungen, an den privatwirtschaftlichen Wettbewerb.

Die KandidatInnen der SPD haben es in der Hand, sich für wirkliche sozialdemokratische Politik zu engagieren:

- für die Rücknahme aller Maßnahmen der Kürzung gegen die öffentlichen Einrichtungen und ihre Auslieferung an den Wettbewerb,
- für die vollständige Rekommunalisierung der Wasserbetriebe, der Krankenhäuser und Kitas, und die Wiederherstellung des kommunalen sozialen Wohnungsbestands, und für deren volle Ausfinanzierung durch den öffentlichen Haushalt.

Das ist es, was die ArbeitnehmerInnen, die GewerkschafterInnen und sozialdemokratischen WählerInnen (auch diejenigen, die in den letzten Jahren ihre Stimme der SPD verweigert haben) von wirklichen sozialdemokratischen KandidatInnen erwarten.

CARLA BOULBOULLÉ

Zum Inhalt:

**Aufruf für den Erhalt der
Solidarischen Kranken-
versicherung**

**BERLIN: Verteidigung und
Rettung der Öffentlichen
Daseinsvorsorge?**

**EU forciert
Privatisierung der Sparkasse**

**Internationale Konferenz:
Solidarität mit den palästinensischen Frauen**

In Erinnerung und Ehrung unseres Freundes und Kampfgefährten Karlheinz Gerhold

Mit Karlheinz Gerhold haben wir einen engagierten Kämpfer der Arbeiterbewegung und einen persönlichen Freund verloren.

Schon als junger Beschäftigter im öffentlichen Dienst, und vor allem dann später als ÖTV- und ver.di-Gewerkschaftssekretär, wie auch als engagierter Genosse in der SPD und AfA, hat sich Karlheinz für die Rechte und Interessen der Kollegen und Kolleginnen stark gemacht. Vor allem in der AfA ist er bekannt als ein Genosse, der sich bis zuletzt eingesetzt hat „für die Rückbesinnung der SPD auf ihre 140-jährige Geschichte des Kampfes für Arbeitnehmerinteressen, für Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden, wofür sie von Generationen von ArbeitnehmerInnen aufgebaut wurde“.

Schon viele Jahre vor 1989 hat er sich für die Überwindung der Teilung Deutschlands, der deutschen Arbeiterschaft eingesetzt. Gegen die Herrschaft der SED-Bürokratie in Ostdeutschland und des Kapitalismus in Westdeutschland hat sein ganzes politisches Streben dem Ziel der Verwirklichung der Einheit Deutschlands und der deutschen Arbeiterschaft, eines demokratischen, sozial gerechten vereinten Deutschlands gegolten.

Diesem Weg ist er treu geblieben, als er gleich nach dem Sturz der Mauer bereit war, als Gewerkschaftssekretär nach Ostdeutschland, nach Halle zu gehen. Gemeinsam mit den neu gewonnenen KollegInnen hat er unermüdlich für den Erhalt des sozialen Eigentums, der staatlichen Betriebe, vor allem der öffentlichen Krankenhäuser, Kitas und Universitäten, gegen den zerstörerischen Privatisierungskahlschlag gekämpft, sowie für

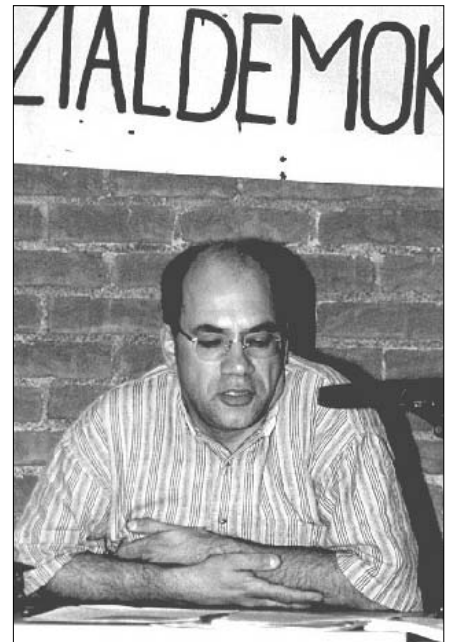
die Herstellung der Tarifautonomie und für einen einheitlichen Flächentarifvertrag für ganz Deutschland.

So sah er seine politische Verantwortung auch in der Verteidigung der sozialdemokratischen Grundwerte gegen die Agenda-Politik der SPD-Regierung unter Schröder, „deren verheerende Auswirkungen alle ArbeitnehmerInnen und ihre Familien und besonders brutal im Osten Deutschlands getroffen haben, die die Spaltung des Landes weiter vertieft hat“.

Bis zuletzt hat er als politisch engagierter Genosse und als Gewerkschaftssekretär in Berlin seine ganze Kraft eingesetzt für den Kampf gegen die Privatisierungen und Ausgliederungen bei der Charité, den Krankenhäusern, der Messe usw.; „ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag“ waren die Forderungen, für die er mit den KollegInnen gestanden hat.

Aus den Erfahrungen der zerstörerischen Konsequenzen der EU-Politik für Ostdeutschland hat Karlheinz mit anderen SPD-GenossInnen 1997 die Initiative „SozialdemokratInnen sagen Nein zu dem Europa von Maastricht“ gebildet. Und es war für ihn selbstverständlich, heute seinen Platz in dem Aufbau der „Europäischen Arbeitnehmerverbinding“ zu sehen, die auf der Europäischen Konferenz im Februar 2006 in Berlin von den Delegierten aus 15 Ländern beschlossen wurde.

Überhaupt war für Karlheinz die internationale Tradition der Arbeiterbewegung unverzichtbar. Als Gast hat er im Juni 1996 an dem Gründungskongress der amerikanischen Labor Party teilgenommen, in dem er selbst einen Schritt von historischer Bedeutung für die Arbeiterbewegung weltweit gesehen hat.



Auf einem Treffen der europäischen SozialdemokratInnen und SozialistInnen im Mai 1999

Karlheinz hat seine Kraft aus den historischen Wurzeln der Arbeiterbewegung geschöpft, er fühlte sich immer einer marxistischen Grundorientierung verbunden. Er war überzeugt von der historischen Aufgabe der Arbeiterschaft, der Ausbeutung, Unterdrückung und den Kriegen ein Ende zu bereiten, und in unseren Ländern weltweit den Weg zu bahnen für eine demokratische, sozial gerechte und sozialistische Gesellschaft im friedlichen und freien Bündnis der Völker.

Karlheinz Gerhold wird in unserer Erinnerung als Freund und als politischer und gewerkschaftlicher Kampfgefährte lebendig bleiben.

Unser tiefes Mitgefühl gehört seiner Frau, seinen beiden Kindern und seiner Mutter. - **CARLA BOULBOULLÉ**

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-tägig. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 14. 9. 06

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gottfried Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen: Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern: Lothar Hesse
Sachsen: Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt: Karlheinz Gerhold, Axel Bachner, Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg:

Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im

Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto):

50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement:

30,- Euro

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé, Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG: „Fordert die SPD-Bundestagsabgeordneten zum Nein zur Gesundheitsreform auf!“

In der neuesten Ausgabe des »Vorwärts« erklärt Gesundheitsministerin **Ulla Schmidt**, dass die Regierung der Großen Koalition durch die Einrichtung des Gesundheitsfonds einen „fairen Wettbewerb“ schaffen wolle, bei dem „alle Kassen unter gleichen Bedingungen starten“ sollen.

Bei der Abstimmung über den ersten Teil der Föderalismusreform haben über einhundert SPD-Bundestagsabgeordnete in verschiedenen Erklärungen davor gewarnt, dass der solidarische Föderalismus in Deutschland durch einen „Wettbewerbsföderalismus“ ersetzt wird.

Die Eckpunkte der Regierungskoalition zu einer neuen, x-ten Gesundheitsreform in Deutschland wollen das solidarische gesetzliche Gesundheitswesen, das auf der gesetzlichen Krankenversicherung ruht, endgültig durchbrechen. Sie wollen zu einem Wettbewerbssystem gelangen, wie es Ulla Schmidt mit eigenen Worten bestätigt. Sie folgen dem Diktat der EU-Kommission in Brüssel, die die Fügsamkeit der Regierung mit der Drohung eines Defizit-Verfahren gemäß den Kriterien des Maastrichter Vertrages erpresst hat, nach dem die Neuverschuldung eines Mitgliedstaates nicht die Schwelle von 3% des Bruttoinlandsprodukts überschreiten darf.

Die geplante Gesundheitsreform entspricht also genau der Wettbewerbslogik, die mit der Föderalismusreform jetzt auch im Grundgesetz zu verankern begonnen wurde. Auf dem Wege dahin sollen die Beiträge erhöht werden, die Parität bei

der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung weiter zurückgeschraubt und vor allem die Selbstverwaltung der Kassen unter Beteiligung der Versicherten, der ArbeitnehmerInnen, faktisch außer Kraft gesetzt werden. Das ist eigentlich der größte Schlag, den die Gesundheitsreform dem Sozialstaat in Deutschland, der „sozialen Verfassung“ Deutschlands versetzt.

Zahlreiche Stimmen haben sich in der SPD dagegen schon erhoben. Im Bundesvorstand haben der AfA-Vorsitzende **Ottmar Schreiner** und der Jusos-Vorsitzende **Björn Böhning** mit Nein gestimmt, im Parteipräsidium **Andrea Nahles** und **Birgit Fischer** (ehem. SPD-Arbeits- und Gesundheitsministerin in NRW). Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Elke Ferner** hat sich auf die Seite der protestierenden Beschäftigten der Kassen gestellt. Der **SPD-Bezirk Hamburg** hat gefordert: „Der Gesundheitsfonds wird nicht eingerichtet.“

Als Sozialdemokraten und Gewerkschafter aus NRW wenden wir uns an alle unsere Genossinnen und Genossen und unsere Kolleginnen und Kollegen, um gemeinsam diese Ablehnung zu unterstützen. Wir rufen zu einer Unterschriftensammlung an die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, die diese zum NEIN zur Gesundheitsreform auffordert.

**Für die ErstunterzeichnerInnen:
Eva Gürster, SPD, Mitglied im
ASG-Regionalvorstand Rheinland**

DOKUMENT

An die SPD-Bundestagsabgeordneten und die Verantwortlichen der SPD: Hände weg von unserer solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung!

(...) Ist es tatsächlich möglich, dass unsere Krankenkassenbeiträge jetzt erhöht werden sollen, wie es aus Regierungskreisen heißt, damit wir als Versicherte die Summe bezahlen, um die Finanzminister Steinbrück den Zuschuss aus dem Bundeshaushalt an die Krankenkassen kürzen will?

Ist es tatsächlich möglich, dass wir auch die Mehrkosten, die auf das Gesundheitswesen wegen der Mehrwertsteuer zukommen, mit der Beitragserhöhung bezahlen sollen? Wisst Ihr nicht, wie hoch die Selbstbeteiligung mittlerweile schon bei den Krankenhäusern und den Arztbesuchen ist?

All das geschieht, so haben wir festgestellt, um die Auflagen der EU in Brüssel zu erfüllen und einem EU-Strafverfahren zu entgehen, weil Deutschland die Maastricht-Kriterien nicht erfüllt hat. Aber mit welchem Recht geht die EU her und diktiert uns Kürzungen im Gesundheitswesen?

Bei allen vorangegangenen Reformen hat man uns gesagt, dass die Gesundheitsversorgung nicht verschlechtert würde, aber was war die Realität?

Geht doch selbst einmal ins Krankenhaus, wo die Angehörigen schon die Patienten füttern müssen, weil es zu wenige Schwestern auf Station gibt. Wie viele Untersuchungen gibt es schon, die wir beim praktischen Arzt, beim Augenarzt, beim Frauenarzt, ... als Patienten selbst bezahlen müssen? Auf was für ein erbärmliches Niveau ist die Kostenerstattung bei der Zahnbehandlung mittlerweile abgesenkt worden!

Bei den Krankenhäusern will die Regierung zusätzlich 2,5 Milliarden streichen.

Wie soll das gehen? Wie sollen die Krankenhäuser überleben? Sollen etwa die Ausgaben im Gesundheitswesen dadurch gesenkt werden, dass noch mehr Krankenhäuser in den Ruin und in die Schließung getrieben werden, wie wir es jetzt schon erlebt haben? Sollen die Patienten noch schneller entlassen werden und die Wartezeiten für Operationen noch länger werden?

Sollen die Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Beschäftigten weiter verschlechtert, Tarifverträge gebrochen

und deregulierte Billigjobs ausgeweitet werden? (...) Will man immer mehr Krankenhäuser auf diesem Weg in die Privatisierung treiben? – Wir können uns nicht vorstellen, dass das Euer Ziel als sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete ist.

(...) Wir sind es leid, wieder und wieder irgendwelche „Gesundheitsreformen“ vorgesetzt zu bekommen, bei denen die gesetzliche, solidarisch und paritätisch finanzierte Krankenversicherung Stück für Stück demontiert wird und sich die Versorgung weiter verschlechtert.

* * * * *

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG:

Wir fordern Euch sozialdemokratische Abgeordnete darum auf:

- **Sagt Nein zur Einführung des „Gesundheitsfonds“, verteidigt die Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenkassen!**
- **Sagt Nein zur Kürzung der Unterstützungen aus dem Bundeshaushalt an die gesetzlichen Krankenkassen, zu denen der Staat auf-**

(Forts. S. 4 links)

Henning Frey (SPD, GEW)

Eine Diskussion ist notwendig:

Wie kann die Einheit der Beschäftigten im Gesundheitswesen und im ganzen Öffentlichen Dienst wieder erreicht werden?

ZU RECHT wenden sich Ärzte, die in ver.di organisiert sind, gegen die Diffamierung ihrer nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen oder derjenigen, die sich an den Aktionen des Marburger Bundes beteiligt haben, oder dort sind durch die ver.di-Führung, wie auch im Fall des Briefs an Ellen Paschke, der in dieser Ausgabe der »Soziale Politik & Demokratie« abgedruckt ist.

Umso mehr auch deshalb, weil alle Beschäftigten gemeinsam nach den Streiks davon bedroht sind, dass die Arbeitgeber sie jetzt bezahlen lassen wollen. So rechnet die Betriebsleitung der Kölner Uniklinik vor, dass der 18 Wochen lange Streik der Beschäftigten – Pflegepersonal, Ärzte, Arbeiter, Angestellte – Verluste von knapp 12 Millionen Euro für die Uniklinik Köln zur Folge gehabt habe. Die Tarifabschlüsse „kosten“ – immer in der Logik der Betriebsleitung – das Krankenhaus 15,3 Millionen an zusätzlichen Personalausgaben bis zum Jahre 2008. Um diese „Defizite“ reinzuholen kündigt die



Ärzte in Köln im Streik: „Mehr Zeit für die Patienten – bessere Arbeitsbedingungen“, so das Transparent

Betriebsleitung „neue Methoden der Kosteneinsparung“ an. Dazu gehören die Übertragung ärztlicher Aufgaben an das Pflegepersonal, Unterwerfung der ärztlichen Tätigkeit unter eine zentrale Steuerung. Zusätzliches Pflegepersonal gibt es nach der Umordnung der Arbeiten natürlich nicht.

Weit entfernt ist die Situation also von der behaupteten „Abwälzung“ der zusätzlichen Kosten des Abschlusses für die Ärzte allein auf die übrigen nicht-ärztlichen Beschäftigten in den Krankenhäusern und Unikliniken, wie es die ver.di-Führung während der Ärztestreiks immer vorausgesagt hat. Das Gegenteil ist der Fall, alle sollen nach dem Willen der Arbeitgeber bezahlen.

In der Zeitschrift »Sozialismus 9/2006« geht die baden-württembergische ver.di-Landesbezirksleiterin Sybille Stamm auf die Bilanz der Streiks im Gesundheitswesen und die Spaltung zwischen ver.di und dem Marburger Bund ein. Sie rechnet sich immer gern zu den „Linken“ innerhalb der Gewerkschaft. Dort schreibt sie zu den Ärzteforderungen: „Es ist legitim, eine günstige Arbeitsmarktsituation zur Verbesserung des Marktwerts der Arbeitskraft zu nutzen.“ Sie schließt daran allerdings eine für eine Gewerkschafterin merkwürdige Frage an: „Das Problem ist nur: Wer finanziert die zusätzlichen Kosten? Dem steht ein gedeckeltes Budget entgegen, das sich an der sehr niedrigen Steigerung der Grundlohnsumme ausrichtet und nicht an den Tarifforderungen (früher:

sogenannte BAT-Schere ...).“

In der Tat existiert dieses Problem, und darüber haben die öffentlichen Arbeitgeber einen entscheidenden Hebel in die Hand erhalten, den bundeseinheitlichen Flächentarifvertrag BAT in den Krankenhäusern anzugreifen.

Sybille Stamm kommt in dem Artikel zwar zu der Schlussfolgerung: „Nun kann es durchaus sinnvoll sein, durch eine offensive Tarifpolitik im Gesundheitsbereich das Budget zu sprengen.“ Tatsächlich würde das jeder Gewerkschafter von seiner Organisation verlangen, dass sie nicht vor dem politischen Diktat zur Knebelung der Gewerkschaften ausweicht. Doch dafür, dass dies nicht geschehen ist, macht Stamm die Ärzte verantwortlich: „Durch den Sonderweg der ÄrztInnen ist dieser Weg verbaut.“

Doch die Kolleginnen und Kollegen haben noch gut die Erklärungen des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske in Erinnerung, der nach dem Abschluss vom 1. August, der eine magere Lohnerhöhung von 35,- Euro für die nicht-ärztlichen und 37,- Euro für die ärztlichen Beschäftigten gebracht hat, erklärt hat: „Mit diesem Abschluss müssen die kommunalen Krankenhäuser zusätzliche finanzielle Belastungen verkraften. In vielen Krankenhäusern ist damit die Grenze des Finanzierbaren erreicht. Die kommunalen Krankenhäuser sind häufig nicht in der Lage oder gewillt, entstehen-

(Forts. Seite 5 oben)

Hände weg von unserer solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung!

(Forts. v. Seite 3)

grund des Sozialstaatsprinzips des Grundgesetzes verpflichtet ist.

- Sagt Nein zur Zerstörung der paritätischen Finanzierung der Krankenkassen, die durch die Einführung des Gesundheitsfonds umgangen wird, und zur Einführung einer „Kopfpauschale“ durch Zusatzbeiträge allein auf Kosten der Versicherten!
- Sagt Nein zu den Kürzungen bei den Krankenhäusern!

ErstunterzeichnerInnen: Henning Frey (SPD, GEW), Paul Paternoga (SPD, AfA, IGM), Eva Gürster (SPD, ver.di), H.-W. Schuster (SPD, AfA), Andreas Rimkus (SPD, AfA, ver.di), Wilfried Klapdor, SPD, AfA, ver.di), Ellen Engstfeld (SPD, ver.di) ... (Angaben in Klammern zur Information).

Den gesamten Aufruf und weitere Informationen über:
Henning Frey, Postfach 410 363,
50863 Köln, henning.m.frey@web.de

de Defizite ihrer Krankenhäuser zu übernehmen. Weitere finanzielle Belastungen sind deshalb nicht mehr tragbar. Über diesen Abschluss hinausgehende Forderungen gefährden die Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft."

Es ist offensichtlich, dass Bsirske das Budget hinnimmt und nicht zu seiner Sprengung aufruft. Leider geht die Kollegin Stamm darauf nicht ein. Und noch bedenklicher ist es, dass Bsirske sogar die Kolleginnen und Kollegen für die Privatisierung der Krankenhäuser verantwortlich macht, weil sie Forderungen aufstellen und auf ihrer Durchsetzung beharren!

Genauso ist es eine Tatsache, dass Bsirske und die ver.di-Führung schon im Frühjahr 2005 den Druck der Regierung Schröder akzeptiert haben, dass der BAT verschwinden muss, und deshalb haben sie im Frühjahr 2005 einem Abschluss zugestimmt, mit dem der BAT durch den Absenkungstarifvertrag TVöD ersetzt wurde.

Auf diese Fragen geht Sybille Stamm nicht ein. Vielmehr zieht sie eine andere Schlussfolgerung. Angesichts der Bedrohung der Einheitsgewerkschaft durch Berufsverbände sagt sie: „Die aktive Wahrnehmung des politischen Mandats ist deshalb ein Ansatz zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft. Eine mehr als tarifpolitische Antwort auf ständische Interessenvertretung erfordert eine große Koalition der Gegenwehr. Der 21. Oktober in München, Stuttgart, Wiesbaden, Dortmund und Berlin könnte der Auftakt sein.“

Was soll das heißen, eine „mehr als tarifpolitische Antwort“? Heißt das, dass es für die Tarifverträge, für den Flächentarifvertrag im Öffentlichen Dienst keine Zukunft mehr geben soll? Gibt es keine Möglichkeit, die Beschäftigten wieder unter einem Tarifvertrag zu vereinen? Soll die Gewerkschaft auf den Kampf um tarifvertraglichen Schutz der Interessen der Arbeitnehmer verzichten und eine politische Bewegung werden, die

stattdessen lieber demonstriert? Ist der 21. Oktober Auftakt für einen solchen „Rollenwechsel“ im gewerkschaftlichen Selbstverständnis?

In der letzten Ausgabe der »Soziale Politik & Demokratie« haben wir die Interviews mit den Ärzten auf einer Demo des Marburger Bundes am 9. August in Köln abgedruckt, in denen sich die Ärzte alle – bis auf einen Verantwortlichen des Marburger Bundes – für die Einheit, für die Rückkehr zum BAT ausgesprochen haben.

Diese Einheit, die Rückkehr zu einem bundeseinheitlichen Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst, wünschen sich auch die Schwestern und Pfleger, die Verwaltungsangestellten, die Therapeuten, die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Krankenhäusern. Sie alle halten damit mit den Möglichkeiten, die sie heute haben, am Kampf um die Verteidigung des Flächentarifvertrages und der Einheitsgewerkschaft fest.

BRIEF EINES ARZTES an die Vorsitzende des Fachbereich 3 von ver.di, Ellen Paschke: „Sollte nicht längst klar sein, dass die Finanzausstattung der Krankenhäuser mit den Tarifergebnissen gleichlaufen muss?“

Liebe Kollegin Paschke,

Ich sehe mich doch gezwungen, mich zu der Infopost Krankenhäuser „Tarifabschluss des Marburger Bundes birgt Risiken!“ zu äußern, und zwar mit erheblichem Unmut.

Kurz zu meiner Position: ich bin der einzige ver.di-Arzt in unserem Krankenhaus und kenne gut die Debatte um die Tarifpolitik, insbes. TVöD, durch meine Kontakte zur bayerischen Gruppe der Ärzte in der ver.di. Dabei ist bekannt, dass sich ver.di-Ärzte im Entstehen des TVöD immer wieder gegen Probleme ausgesprochen haben, die der TVöD uns gebracht hat und alle Beschäftigtengruppen betrifft, ob die Gehaltsverluste sowohl im Bestandsschutz oder der neu eingestellten KollegInnen, ob den mit einem Arbeitsstellenwechsel verbundenen Rückstufungsprozess bei der Gehaltsstufe, der insbesondere uns Ärzte betrifft und jetzt schon Auswirkungen für die Entscheidung zeigt, wie es mit jedem von uns in Weiterbildung und weiterem Berufsweg weitergeht. Weiteres ließe sich nennen. (...)

Ihr schreibt, dass der Streik der Ärzte von oben organisiert wurde. Gegen diese Einschätzung muss ich protestieren – Böswilligkeit, oder habt Ihr Euch nicht bei uns und den mb-KollegInnen umgehört? Vielerorts war Druck von Seiten der Chefärzte zu spüren. Oft waren Oberärzte weniger am Streik beteiligt, als

Assistenzärzte.

Eine Frage beginnt Ihr endlich mit dem Flugblatt wieder aufzugreifen: das Diktat der Budgets bei der Finanzierung der Leistungen der Krankenhäuser, unter das sich mit dem TVöD unsere Gewerkschaft gebeugt hat. Ist es nicht so, dass es ein Erfolg der aktuellen Tarifausederung ist, sich wieder gegen dieses Diktat zu wenden?

Da seid Ihr ambivalent und schreibt zunächst, welche Kosten den Arbeitgebern zugemutet werden können, dann, was richtig ist, dass hier die Politik endlich dran ist und nicht mit ihrer Sparpolitik unsere Gehälter diktieren darf. Sollte nicht längst wieder klar sein, dass Tarifforderungen mit der Forderung nach einer dementsprechenden Finanzausstattung der Krankenhäuser gleichlaufen? Damit wäre auch überflüssig, sich als Ausrede für die Unterwerfung unter das Diktat der aktuellen Krankenhausfinanzierung/-budget den mb-Abschluss und damit postulierte Umschichtungen zu Ungunsten der nichtärztlichen Beschäftigten herzunehmen.

Wenn wir diese Fragen miteinander verbinden, können wir rasch untereinander Solidarität herstellen, ob unter den Berufsgruppen oder auch von Seiten der Bevölkerung. Das ist eine Erfahrung aus dem Streik. (...)

Mit kollegialen Grüßen
GERO BÜHLER

„Dem Gesundheitssystem drohen irreparable Schäden“

**von Dr. Wolfgang Wodarg,
SPD-Bundestagsabgeordneter
Flensburg/Schleswig**

(...) So hat sich die CDU/CSU zur Freude der privaten Versicherungswirtschaft mit ihren beiden Hauptforderungen durchgesetzt: Die Arbeitgeberbeiträge werden festgeschrieben, so dass die Unternehmen, anstatt für niedrige Beiträge zu streiten, lieber Profit im 'Gesundheitsmarkt' suchen können. Und wachsende Ausgaben werden in Zukunft nur von den Arbeitnehmern getragen. Aus den bereits genannten Gründen wird also die Kopfpauschale zur Regel werden.

(...) Besteht also wenig Hoffnung für das solidarische Gesundheitswesen Deutschlands? Die CDU/CSU hat in allen Verhandlungen den Interessen der Arbeitgeber, der privaten Versicherungswirtschaft und der Gesundheitsindustrie zum Durchbruch verholfen. Die SPD ist erkennbar gespalten in solche, die die GKV für die 'dynamische Wachstumsbranche Gesundheitswesen' nutzen möchten und solche, die Gesundheit als Kernaufgabe einer sozialen, demokratischen Gesellschaft sehen. (...) **Und eines ist gewiss: Der Erhalt der Solidargemeinschaft ist im Zweifelsfall wichtiger als der Erhalt einer großen Koalition.**

(aus einem Beitrag von W. Wodarg, der im »distriktforum«, Zeitung der SPD Otten- sen, erschienen ist.)

INTERVIEW mit **Paul Paternoga**, SPD-AfA-Landesvorstandsmitglied und IG-Metall-Betriebsrat

„Unser Ziel muss sein, die Gesundheitsreform zu verhindern!“

Frage: In der nordrhein-westfälischen SPD gibt es Unmut und Widerstand gegen die Politik der Großen Koalition, so auch gegen die Eckpunkte für eine Gesundheitsreform. Hat sich das auch auf der letzten AfA-Landesvorstandssitzung ausgedrückt?

Paul Paternoga: Auf der letzten Vorstandssitzung hatte ich einen Antrag vorgelegt zu den geplanten Eckpunkten der „Reform“ (s. Kasten): „...Die bisher bekannt gewordenen Eckpunkte der geplanten Gesundheitsreform gehen einseitig zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und sind damit abzulehnen.“ Die Koalition streicht den Kassen die Steuermittel und belastet zusätzlich die Arzneimittelausgaben durch die höhere Mehrwertsteuer. Das macht fünf Milliarden Euro. Mit diesem Betrag finanziert der Bund die Steuerreform für die Unternehmen. Im Ergebnis ist dies ein Aderlass der GKV zugunsten des Bundeshaushalts. Büßen soll's der Beitragzahler. Eine kräftige Belastung stellt bereits die zum 01.07. in Kraft getretene Umfinanzierung des Zahnersatzes dar. Netto zahlen die Haushalte damit im Jahr ca. 3,0 Mrd. Euro mehr für die Krankenversicherung. Die Unternehmen werden exakt um diesen Betrag entlastet.

Hinzu gekommen ist auch noch ein höherer Beitrag in der Pflegeversicherung für Kinderlose, der diese 700 Mio. Euro kostet. Rentner zahlen zudem die Pflegeversicherung ganz, was mit 400 Mio. Euro zu Buche steht. Von einer solidarischen Krankenversicherung sind die bekannten Eckpunkte komplett abgewichen. Eine weitere zusätzliche Belastung der Arbeitnehmer ist nicht vertretbar.

Der Antrag beinhaltet noch, dass der Staatsfonds zur von Frau Merkel gewollten Kopfpauschale mutieren wird. Es gab eine heftige Diskussion, weil parallel ein anderer Antrag zu dem Thema vorlag. Selbst sonst zurückhaltende Genossen meldeten sich zu Wort und sagten, so muss der Antrag verabschiedet werden. Wir können ja bereits jetzt nicht mehr an unsere Wähler herantreten, dann auch noch dieser Sozialabbau. Nach langer Zeit wurde endlich von einigen Vertretern des AfA-Landesvorstandes auf den Unmut der Parteimitglieder und der Bevölkerung eingegangen. Der Unmut über die SPD-Vertreter in der Großen Koalition ist groß. Auch bei uns im Ortsverein.

Frage: Du bist auch Betriebsratsmitglied der IG Metall in einem Kölner

Metallbetrieb. Welche Rolle spielt im Betrieb bei den Kollegen die Gesundheitsreform? Habt Ihr innerhalb der Vertrauensleute oder als IG-Metall-Betriebsratsmitglieder darüber diskutiert?

Paul Paternoga: Trotz Aufklärungskampagnen der IG Metall ist der Informationsstand der Mitglieder, auch der BR-Mitglieder, gering. Es ist nur möglich, indem in der BR-Sitzung das Thema angesprochen wird. Wir haben für die Belegschaft eine »Der Betriebsrat informiert«-Info zu dem Thema herausgegeben. Da auch die Zeitschrift »Metall« sich in der September-Ausgabe damit befasst, wird die Diskussion anlaufen.

Man kann den Leuten keinen Vorwurf machen, die Politik und auch die Medien arbeiten mit einer Verschleierungstaktik. Wir hatten übrigens als Betriebsrat an einige Bundestagsabgeordnete geschrieben mit der Aufforderung, die Eckpunkte abzulehnen. In einem Antwortbrief hat uns Ottmar Schreiner geschrieben, er sähe die Dinge wie wir und dass er dagegen gestimmt hat.

Frage: Du gehörst mit anderen nord-

rhein-westfälischen Genossinnen und Genossen zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufs an die SPD-Abgeordneten, die Gesundheitsreform abzulehnen. Was versprichst Du dir von dieser Initiative?

Paul Paternoga: Selbst wenn es nicht zu einer Mehrheit gegen diese Antireform innerhalb der SPD kommen sollte: Die Parteispitze muss durch die Abgeordneten erfahren, dass „die da unten“ nicht mehr wollen, dass es ihnen angesichts einer ständig steigenden Zahl Armer und eines überbordenden Reichtums – allein die Zinseinnahmen der Reichen sind 2005 um 180 Milliarden Euro gestiegen – langt und dass sie als Parteipolitiker nicht mehr ernst genommen werden, wenn nicht endlich eine Umkehr der Politik des Sozialabbaus beginnt.

Dass endlich die Angst vor den Ungebaren Alter, Krankheit und Arbeitsplatz verschwindet. Das soll den Politikern unserer Partei, die dies noch immer nicht wahr haben wollen, durch die Kampagne deutlich werden. Ziel muss sein, diese „Reform“ zu verhindern. Das bessere Ziel ist: raus aus der Koalition!

Aus dem Antrag an die NRW-AfA-Landesvorstandssitzung:

Die bisher bekannt gewordenen Eckpunkte der geplanten Gesundheitsreform gehen einseitig zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und sind damit abzulehnen.

Begründung:

Sollten sich diese Pläne bestätigen, liefe das nicht auf eine solidarische Reform, sondern auf die politische Zerstörung der solidarischen Krankenversicherung hinaus. (...)

Ein Blick auf die Entwicklung der vergangenen 15 Jahre zeigt, dass das Gesundheitssystem primär unter Einnahmeproblemen leidet. Die Gesundheitsausgaben haben sich insgesamt ähnlich wie das Bruttoinlandsprodukt entwickelt, aber die Einnahmehöhe – die Gehälter der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – war geringer. Die Einnahmeseite bei einer Bruttolohnsumme ähnlich wie 1991 wäre ca. 115 Mrd. Euro höher gewesen, der Satz hätte wie damals bei 12,5% gehalten werden können.

Abzulehnen ist insbesondere:

Die Einführung eines so genannten Gesundheitsfonds mit zusätzlichen Kopf-

pauschalen bei einigen Krankenkassen. Krankenkassen, deren Kosten höher als die zugewiesenen Mittel sind, wären gezwungen, einseitig ihre Versicherten zu belasten. Die Folge wäre die Zerstörung des Solidarausgleichs zwischen Alten und Jungen, Gesunden und Kranken und ihren Krankenkassen.

Einem vernichtenden Wettbewerb zwischen den Krankenkassen um „gute Versicherungsrisiken“, das heißt um Besserverdienende und gesunde Versicherte, wird Tür und Tor geöffnet. Dies soll dadurch ermöglicht werden, dass das Beitrags- und Leistungsrecht dereguliert wird. Dies würde die Zwei-Klassen-Medizin verschärfen und vor allem zu Lasten sozial Schwacher und chronisch Kranker gehen.

Angedacht ist das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages: Dies würde endgültig den Abschied von der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung bedeuten. Die Arbeitgeber würden dauerhaft entlastet und die zu befürchtenden zukünftigen Kostensteigerungen einseitig den Versicherten, also uns, aufgebürdet. (...)

Detlef Bahr (ver.di)

„Die Beschäftigten verteidigen die BVG als Betrieb der Öffentlichen Daseinsvorsorge“

Veranstaltung der AfA Friedrichshain/Kreuzberg (Berlin)

AUF EINER Veranstaltung „Welche Zukunft hat der Öffentliche Personennahverkehr in Berlin“, zu der die AfA Friedrichshain/Kreuzberg (Berlin) eingeladen hatte, waren sich die TeilnehmerInnen einig, dass der SPD/PDS-Senat mit seinen Privatisierungsmaßnahmen gravierende politische Entscheidungen für die „Enteignung des Volkes“, getroffen hat, so ein Kollege. Nach dem Verkauf der Bewag, der Hälfte der Wasserbetriebe und mehrerer Wohnungsbaugesellschaften, sowie etlicher privatisierungsvorbereitender Rechtsformänderungen, sollen weitere öffentliche Betriebe wie die Berliner Verkehrsbetriebe BVG und die S-Bahn an den Markt für die Jagd nach Profiten ausgeliefert werden.

„Für die BVG z.B. ist entscheidend, dass keine Einstellungen mehr stattfinden. Damit aber wird das Problem biologisch gelöst“, erklärte **Rainer Döring** (Vors. der Vertrauensleuteleitung bei der BVG). Die Kürzungen der Landeszuschüsse durch den Senat zwingen den Betrieb in eine immer höhere „Verschuldung“ (jetzt sind es schon 800 Mio. Euro), bei gleichzeitigem Druck des Senats, „zu sanieren“. Die Folgen sind Fahrpreiserhöhungen und Leistungseinschränkungen für die BürgerInnen. Die Beschäftigten zahlen mit Einkommensverzicht und Arbeitszeitverdichtung für diese Politik.

Sie, die Beschäftigten, verteidigen die BVG als Betrieb der öffentlichen Daseinsvorsorge.

„Der Begriff der Daseinsvorsorge wird immer mehr durch den Begriff der Profitorientierung ersetzt“, stellte auch **Andreas Tannhäuser**, freigestellter Betriebsrat bei der S-Bahn, fest. Die S-Bahn soll in den Wettbewerb gezwungen werden. Die Folge: von 5.000 Beschäftigten 1998 sind heute noch 3.800 da, bis 2008 sollen weitere 1.000 Stellen abgebaut werden.

Die S-Bahn sei ein hochprofitables Unternehmen. „Warum entscheidet man für die Ausrichtung auf den Börsengang und führt die Gewinne nicht ins Gemeineigentum ab?“ Über die Börse werden die Gewinne den Finanzhais z.B. in den USA zugespielt. „Das Gemeinwohl ist nicht mehr vorrangig, sondern der Profit!“, so Tannhäuser. Er

verwies auf das Beispiel der Energiewirtschaft, wo „sie uns nach der Privatisierung die Luft abdrehen“.

Ein Kollege schlug vor, dass man die Forderung nach Erhalt der Einrichtungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge, nach Stop aller Privatisierungsmaßnahmen, bzw. auch der Rekommunalisierung der schon privatisierten Unternehmen, an die KandidatInnen für das Abgeordnetenhaus richten müsse. Der SPD/PDS-Senat sei nicht für den Ausverkauf der Öffentlichen Daseinsvorsorge oder die drastischen Kürzungen bei allen sozialen Leistungen gewählt worden. Dafür habe er kein Mandat!

„Die SPD, die mit Ernst Reuter einmal Vorreiter für die Schaffung öffentlicher Betriebe in Berlin war, steht nicht mehr für die Sozialdemokratie“, so **Udo Eisner**, Kandidat der Demokratischen Linken DL, früher sozialdemokratischer Gesundheitsstadtrat in Friedrichshain. „In der SPD herrscht nur noch neoliberale Denke.“

Und, so **ein anderer Teilnehmer**, die Eigentumsfrage sei entscheidend. Oskar Lafontaine habe auf keinen Fall recht, wenn er das bestreitet und damit die Politik der PDS im Senat rechtfertigt. Privatisierung heißt, öffentliches Eigentum an Finanzhaie und Spekulanten zu verscherbeln, damit sie ihren Profit machen können, auf Kosten der Bevölkerung, denen das Recht auf bezahlbaren Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, Wohnungen, Strom und Wasser genommen wird...

Dagegen wies **Axel Zutz**, der für die AfA Friedrichshain/Kreuzberg die Veranstaltung leitete, auf die Auseinandersetzungen in der SPD selbst hin. In der SPD gibt es viele GenossInnen, die sich dafür stark machen, dass die SPD sich wieder auf ihre traditionellen Grundwerte besinnt. Dafür steht auch die AfA. Dass das Kerngeschäft der Wasserbetriebe, Vivantes, die Kitas und die Messe z.B. noch in Landeseigentum sind, geht auch auf den Widerstand der Beschäftigten, der Bevölkerung und gestützt darauf auch in der SPD selbst zurück.

„Wir treten dafür ein, dass die KandidatInnen der SPD sich auf die Forderungen der ArbeitnehmerInnen ver-

pflichten. Deshalb haben wir auch heute zu dieser Veranstaltung eingeladen, um GewerkschaftskollegInnen und ArbeitnehmerInnen das Wort zu geben und ihren Auftrag, ihre Forderungen an unseren SPD-Kandidaten zu richten. Sozialdemokratische ArbeitnehmerkandidatInnen, davon bin ich überzeugt, werden die Mehrheit der Stimmen erreichen.“

GewerkschaftskollegInnen, SozialdemokratInnen und ArbeitnehmerInnen melden sich zu Wort

...mit einem Offenen Brief an die KandidatInnen der SPD für das Berliner Abgeordnetenhaus:

„Es liegt an Euch, an den Kandidaten und Kandidatinnen der SPD, den berechtigten Forderungen und elementaren Bedürfnissen der Berliner Bevölkerung zu antworten.“

Antwortet den Kranken, die befürchten müssen, sich eine verantwortliche Versorgung in den privatisierten und in den auf Kostensenkung und Rentabilität orientierten Krankenhäusern nicht mehr leisten zu können. (...)

Antwortet den vielen Tausend Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst, die auf Grund der Kürzungen ihren Arbeitsplatz verloren haben, und den 20-30.000, deren Arbeitsplätze in den nächsten Jahren abgebaut werden sollen.

Engagiert Euch für wirkliche sozialdemokratische Politik (...)

Setzt Euch ein für die Rücknahme aller Kürzungen gegen die Charité und Krankenhäuser. (...)

Setzt Euch ein für die Verteidigung und Wiederherstellung der sozialversicherungspflichtigen, nach Flächen-tarifvertrag bezahlten Normalarbeitsverhältnisse, die auf Grund der Kürzungen im öffentlichen Haushalt abgebaut wurden. (...)

Die ArbeitnehmerInnen wollen, dass von Berlin ein Signal für ganz Deutschland ausgeht:

Es gibt eine Alternative: der Kurswechsel ist möglich und notwendig!“

Unterstützt den Offenen Brief.

Den gesamten Text erhaltet Ihr über die Redaktionsadresse.

Heinke Först (SPD, AfA-Landesvorstand)

„EU-Auflagen sind materielles Recht“ – das gibt den politischen Handlungsspielraum vor

Bericht einer Delegation zur PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Am 15. Juni wurde eine Delegation von SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen, u.a. vom Erwerbslosenausschuss, der Charité, Messe, von Eltern, von Vertretern der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus empfangen.

Von der PDS-Fraktion nahmen teil Uwe Döring (parlam. Geschäftsführer der PDS-Fraktion; u.a. Ausschuss für Wirtschaft, Betriebe und Technologie), Carl Wechselberg (u.a. Hauptausschuss), Elke Breitenbach (pers. Referentin der Senatorin für Gesundheit und Soziales; u.a. Hauptausschuss).

Die Delegation stützte sich auf die Erklärung: „Liquidierung der letzten Industriearbeitsplätze in Berlin? Privatisierung der Krankenhäuser, Kitas, BVG und S-Bahn, Messe und Wohnungen... Kann es so weiter gehen?“

Die VertreterInnen der PDS wiesen die „Erklärung“ als provozierend und beleidigend zurück. Immer wieder rechtfertigten sie die politischen Entscheidungen des Senats damit, dass dieser nur im Rahmen des Rechts der EU, des Bundesrechts und der gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen handeln könne. „Wir sind eine Landesregierung, die bis zum Hals im Mist steckt“, so Carl Wechselberg.

Die EU z.B. gibt für den Nahverkehr ab 2007/8 den Wettbewerb vor. Die BVG muss dann bei Ausschreibungen gegenüber Privaten standhalten. Die BVG, die noch ein Zuschussbetrieb ist, muss dahin kommen, ohne Zuschüsse am Markt zu akquirieren (Aufträge reinzuholen).

Das heißt die EU diktiert dem Senat die Zerschlagung der BVG als öffentlichen, sozialen und ganz Berlin versorgenden Nahverkehrsbetrieb. Und die PDS akzeptiert!

Und was ist mit den Konzernentscheidungen, die im Interesse ihrer Renditeerwartungen immer mehr Arbeitsplätze in der Berliner Industrie vernichten, Betriebe verlagern und liquidieren? Muss man diese bedrohten Betriebe nicht unter staatlichen Schutz stellen zur Verteidigung der Arbeitsplätze? fragten GenossInnen der AfA.

Ist es eine realistische Grundlage, über Verstaatlichung und Enteignung zu reden? war die Rückfrage von Carl Wechselberg.

Die industrielle Basis werden wir so in Berlin nicht halten können. Wer das sagt, erzähle dummes Zeug. Arbeitsplätze werden ins billige Ausland verlagert, und eine Landesregierung kann diese Prozesse nicht bekämpfen. Was sollen wir denn machen? Verstaatlichung sei nicht mehrheitsfähig.

Auch zur Frage nach dem Sparkassengesetz, mit dem sich der SPD/PDS-Senat zum Vorreiter für die Zerschlagung der öffentlich-rechtlichen Sparkasse macht und die Gemeinnützigkeit liquidiert, folgt der Hinweis: die EU hat den Verkauf der Landesbank zur Auflage gemacht. Das EU-Recht sei materiell gültiges Recht. Ein Bundesland kann das nicht brechen. Die PDS wolle aber ein Unternehmen mit Sparkassencharakter erhalten. Die Frage, wie das bei der Privatisierung aussehen soll, durch die die Sparkasse für Spekulationsgeschäfte und Renditejagd geöffnet werde, blieb unbeantwortet.

Eine sehr erregte Diskussion entwickelte sich zu den Ein-Euro-Jobs. Die PDS wolle sie nicht, erklärte Elke Breitenbach, aber das Bundesrecht gebe Hartz IV vor, und das müsse vom Senat in Berlin ausgeführt werden. Die PDS-Vertreter verwiesen auf den Vorschlag ihres Wirtschaftssenators Harald Wolf für eine neue Form von „öffentlich geförderter Beschäftigung“. Kollegen vom Erwerbslosenausschuss hielten dagegen, dass es sich dabei um eine „Mogelpackung“ handle. Es werden Niedriglohnjobs auf dem Niveau von ALG II geschaffen, d.h. die Arbeitslosen finden sich in untertariflichen, niedrigst bezahlten Arbeitsverhältnisse wieder.

Die PDS-Abgeordneten rechtfertigten die Ein-Euro-Jobs u.a. damit, dass viele Arbeitslose froh seien, wenigstens einen Ein-Euro-Job zu haben. Dem entgegenete eine Kollegin vom Erwerbslosenausschuss: „Ich will nicht länger von einem Ein-Euro-Job in den nächsten gejagt werden und am Schluss im Auslande. Ich will ein festes tarifliches Arbeitsverhältnis.“ „Wir sind kein Wunschkonzert, was können wir real tun?“, so die lakonische Antwort von Carl Wechselberg.

Der öffentliche Dienst müsse nicht alles machen, betonten die PDS-Abgeordneten ausdrücklich. Und es gebe auch gute Beispiele für ÖPP, wie z.B.

bei der Ampelvergabe. Privatisierung müsse nicht zum Stellenabbau führen, ergänzte Carl Wechselberg – aber kein Wort zu den Tausenden Stellen, die im Zuge der Privatisierungen und Ausgliederungen abgebaut wurden und noch abgebaut werden sollen, wie bei der Charité und Vivantes, bei den Kitas, bei der BVG und S-Bahn, in der Verwaltung usw.

Es kann hier nicht auf alle Punkte, die angesprochen wurden, eingegangen werden.

Das Ergebnis möchte ich aus meiner Sicht so zusammenfassen:

Auf die Frage: „Kann es so weiter gehen in Berlin?“ war die Antwort der PDS-Abgeordneten: Es gibt keine Alternative. Die Rahmenbedingungen werden woanders gesetzt: EU und Bundesrecht, sowie die katastrophale Haushaltssituation lassen keine andere Möglichkeit zu.

Auch gegen die Entscheidungen der Konzerne kann eine Landesregierung faktisch nichts tun.

Darin sehe ich, und ich glaube, dass das alle Delegationsmitglieder so empfunden haben, eine Missachtung der Bevölkerung und ihrer berechtigten Interessen.

Doch das ist ganz konsequent für eine Partei, die als Nachfolgepartei der SED das soziale Eigentum in Ostberlin, wie die Kitas und Wohnungen, dem Ausverkauf an Private und Spekulanten preisgibt.

Eine Kollegin hat während des Gesprächs zu Recht gefragt: Wäre nicht die Konsequenz der Einsatz eines Staatskommissars für die Umsetzung der EU-Richtlinien und die Vorgaben der Großen Koalition? Wie würde unsere Gesellschaft aussehen, wenn die Arbeiterbewegung historisch immer so gehandelt hätte? Jede Errungenschaft wurde doch erkämpft, und zwar gegen bestehende Gesetze und wirtschaftliche „Rahmenbedingungen“, die „gesetzt“ sind vom Kapital und seinen Parteien.

Als Sozialdemokratin und AfA-Mitglied werde ich mit meinen GenossInnen für andere politische Entscheidungen kämpfen, dafür, dass die KandidatInnen der SPD die Forderungen und Interessen der Jugend zu ihrem Mandat machen.

Michael Altmann (AfA)

Keine Umsetzung der Föderalismusreform in Hessen: „Koch muss weg!“

Die zentrale politische Frage in Hessen ist: Wie kann die Regierung Koch (CDU) abgelöst werden? Koch stützt sich bei seiner unsozialen, arbeitnehmerfeindlichen Politik auf die Politik der Bundesregierung, besonders jetzt der Großen Koalition. Schon die Streichung der Zuwendungen für die Beamtinnen und den sozialen Kahlschlag seit 2003 hat er mit der gescheiterten Konjunkturpolitik von Gerhard Schröder begründet.

Heute ist die CDU-Landesregierung in Hessen unter Koch die erste, die die Föderalismusreform vorweggenommen hat und umsetzt. Im Bildungsbereich kann man sehen, wie die CDU-Alleinregierung die föderale „Autonomie“ nutzt, um die universitäre, die schulische und auch die berufliche Bildung radikal zu verändern und die bildungspolitischen Errungenschaften zurückzuschrauben.

a) Mit der „Unterrichtsgarantie plus“, die im kommenden Schuljahr in Kraft tritt, ist es den SchulleiterInnen möglich, pensionierte Lehrer, Studierende oder Eltern als v.a. Krankheitsvertretung für die LehrerInnen anzustellen, um die Betreuung und vom dritten Tag an sogar den Fachunterricht zu sichern. Die hessische GEW und die Personalvertretungen der LehrerInnen sehen darin einen gewaltigen Schritt zur Einführung von Billig-Lehrerjobs und einen Angriff auf die Qualifikation und damit den Status der Lehrerschaft. Es gibt einen breiten Widerstand auch unter den SchulleiterInnen in Hessen. Das KuMi droht ihnen mit Abordnungen an das entsprechende Schulamt, um sie dienstrechtlich zu disziplinieren.

b) Am bekanntesten ist die Ankündigung der Hessischen Landesregierung, nach dem Sommer mit dem Studienbeitragsgesetz allgemeine Studiengebühren (Grundstudium 500 Euro, Hauptstudium 1.500 Euro) einzuführen. Dagegen befinden sich die hessischen Studierenden wie auch die anderer Bundesländer (z.B. Hamburg) seit Monaten im Widerstand. Zynisch bietet die CDU den Studierenden die Aufnahme von Darlehen an. Sie will eine Selektion via Geldbeutel, d.h. Studierende können sich für ihre berufliche Existenz mit bis zu 17.000 Euro verschulden.

Die SPD Hessen-Süd hat sich am 10. Juni auf ihrem Parteitag „für Chancengleichheit im Bildungswesen“ und gegen Studiengebühren ausgesprochen. „Sollte das Gesetz trotz des massiven gesellschaftlichen Widerstands juristisch

Bestand haben (es widerspricht der Hessischen Verfassung, der Verf.), wird die SPD nach der **Regierungsübernahme im Jahr 2008 die Gebührenfreiheit des Studiums wieder herstellen**“, erklärte die hessische SPD-Vorsitzende **Andrea Ypsilanti**. „Die SPD Hessen-Süd tritt für ein Bildungswesen ein, das allen Menschen die Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten unabhängig von Status und Geldbeutel ihrer Eltern ermöglicht“, beschloss der Parteitag in **Anwesenheit von Studentenvertretern**. „Chancengleichheit im Bildungswesen lässt sich jedoch nur verwirklichen, wenn Schule und Studium frei von finanziellen Restriktionen gehalten werden. Dies muss langfristig auch für die Kinderbetreuung erreicht werden.“

Die StudentInnen haben zuletzt anlässlich des Besuchs Roland Kochs der privatisierten Universitätsklinik Gießen/Marburg ihre politische Antwort auf seine Politik gegeben: „Koch muss weg!“

Alle Maßnahmen der Regierung Koch zur Umsetzung der Föderalismusreform müssen genutzt werden, um den Widerstand zur Ablösung dieser Regierung zu sammeln, zu stärken, zu vereinheitlichen. Neben der Teilprivatisierung der Jugendvollzugsanstalt in Hünfeld (siehe Beitrag von H.-W. Schuster: „Föderalismusreform – Warum der Strafvollzug in die Zuständigkeit der Länder gehen soll“, Soziale Politik und Demokratie Nr. 147) **will die Hessische Landesregierung die völlige Freigabe des Ladenschlusses.** Außer an Sonn- und Feiertagen, soll es den Handelsketten erlaubt sein, ihr Personal rund um die Uhr arbeiten zu lassen. Eine weitere Monopolisierung und das Sterben des Einzelhandels ist damit vorprogrammiert.

Das Grundübel für alle diese Maßnahmen aber ist die Föderalismusreform selbst, die es den Länderregierungen erlaubt, die grundgesetzlich verankerte „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ zu unterminieren. Zeigt die Politik der hessischen CDU-Regierung nicht, wie notwendig es ist, was in unserem Brief an die Bundestagsabgeordneten vorge-



Studentenprotest Ende Mai 2006 in Frankfurt/M. gegen Studiengebühren

schlagen wurde: „...eine Initiative zu ergreifen, die in der Lage ist, die breitesten Kräfte zu sammeln, Abgeordnete, Verantwortliche und Mitglieder der SPD, ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen, um die Republik zu retten: Zur Verteidigung und Rückeroberung des Sozialstaates, zur Verwirklichung der sozialen Einheit Deutschlands“.

Lasst uns gemeinsam Initiativen überlegen und verabreden gegen die Umsetzung dieser Reform, gegen die geplanten Anti-Reformen und Maßnahmen, die uns erwarten und die in breitesten Bevölkerungsschichten, vor allem aber in den Gewerkschaften und der SPD, auf heftigen Widerstand stoßen.

Die Maßnahmen der Regierung Koch können nur erfolgreich bekämpft werden, wenn die hessische SPD und ihre Kandidatin sich weiterhin für einen **„eindeutigen Politik- und Kurswechsel innerhalb der SPD“** (AfA) gegen die Maßnahmen der Großen Koalition in Berlin auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung, und für die Mobilisierung der wirklichen Mehrheiten, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für „soziale Gerechtigkeit statt einer Fortsetzung neoliberaler Politik“ (AfA) einsetzen.

So bereitet mein Ortsverein eine Veranstaltung zur Verteidigung der kostenfreien und qualifizierten Bildung mit dem zuständigen Landtagsabgeordneten und SPD-Bezirksvorsitzenden Gernot Grumbach mit den SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen im Wahlkreis vor.

MICHAEL ALTMANN (Mitglied im AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd)

H.-W. Schuster (SPD, AfA-UB-Vorsitzender)

Die EU plant die Privatisierung und Zerstörung des öffentlichen Bankensektors in Deutschland (Teil I)

Der Berliner SPD-PDS-Senat will unter dem Druck der EU die Sparkasse privatisieren. Zum ersten Mal steht in Deutschland damit eine öffentlich-rechtliche Sparkasse zum Verkauf. Der SPD/PDS-Senat übernimmt hier die Pilotfunktion für die Zerschlagung des öffentlichen Bankensektors in Deutschland, was die EU-Kommission schon seit langem anfordert: die öffentlich-rechtliche Rechtsform der Sparkassen soll ausgehebelt, jeder staatliche Schutz verboten und die Sparkassen im Namen des EU-Gebots des unverfälschten freien Wettbewerbs dem Markt für die Jagd nach Rendite und für Spekulationsgeschäfte geöffnet werden.

Die Sparkassen-Finanzgruppe – d.h. die Sparkassen, Landesbanken, Landesbausparkassen, öffentlichen Versicherer und weitere Institute – umfasst bundesweit mehr als 700 Unternehmen, die in ca. 24.000 Filialen rund 390.000 Mitarbeiter/-innen beschäftigen. Die Sparkassen und Landesbanken haben rd. 50 Millionen Kunden und eine Bilanzsumme von 3 Billionen Euro. Ihr Marktanteil im Rahmen der Kreditvergabe an Selbständige lag in Deutschland bei über 43 vH.

Die Bezeichnung „Sparkasse“ ist in Deutschland geschützt. Eine Sparkasse ist immer ein am Gemeinwohl orientiertes, regional gegliedertes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut, das im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung die Sicherstellung von Jedermann-Konten und die flächendeckende Versorgung über Filialen sicherstellen muss.

40% der Spareinlagen sind bei den Sparkassen deponiert. Sie gehören zu den größten Arbeitgebern und zu den größten Steuerzahlern.

Ihre Existenz ist ein Instrument der Regulierung gegenüber der Dominanz der privaten Banken. Ihre Gemeinwohlorientierung ist mit dem Ziel der Gewinnmaximierung nicht vereinbar. Angesichts ihrer Größe haben die gemeinwohlorientierten Sparkassen in Deutschland also eine beherrschende Position, die den „Finanzplatz Deutschland“ für Banken und Spekulanten wenig attraktiv machen. Kredite werfen im Vergleich zu anderen Ländern weniger ab. Der Bundesverband deutscher Banken fordert deshalb die Privatisierung der Sparkassen.

Seit 1995 hat die EU auf Initiative der Deutschen Bank gegen die „Privilegierung“ der Landesbanken und Sparkassen Front gemacht. Jedes Bundesland hatte noch Anfang der 90er Jahre seine Landesbank, die die Finanzierung staatlicher Aufgaben und Aufträge sicherstellte. Der

IWF schloss sich unter seinem damaligen Präsidenten Köhler, ehemals Sparkassen-, heute Bundespräsident, der Offensive der EU an. 2005, unter der Regierung Schröder, fielen schließlich auf Druck von EU und IWF die staatlichen Garantien.

Seit Anfang der 90er Jahre „prüft“ die EU, ob das Sparkassenwesen in Deutschland mit dem EU-Wettbewerbsrecht vereinbar ist.

Natürlich sind Sparkassen und Landesbanken nicht mit diesem Wettbewerbsrecht vereinbar. Sie waren in bestimmter Hinsicht ausdrücklich aus dem Wettbewerb genommen, da sie der Absicherung z.B. kommunaler Haushalte usw. dienen. Bis Juli 2005 waren sie in ihrer Existenz gesichert. Bis dahin galten die „Anstaltslast“ und die „Gewährträgerhaftung“, die auf Anordnung der EU im Namen des Wettbewerbsrechtes fallen mussten.

Mit der „Anstaltslast“ ist die Verpflichtung des Trägers eines öffentlich-rechtlichen Unternehmens verbunden, die „Anstalt“ mit den nötigen Finanzen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt, auszustatten, um sie so auf Dauer funktionsfähig zu halten. (Bei den deutschen Sparkassen sind dies einzelne oder mehrere Kommunen, bei den Landesbanken die Bundesländer oder regionale Sparkassenverbände). Die „Gewährträgerhaftung“ hatte zur Folge, dass im Falle der Sparkassen die Kommune als Träger im Falle einer Pleite haftete und dadurch die Ansprüche der Sparer usw. zu befriedigen hatte.

Es liegt auf der Hand, dass entsprechend der für sie maßgeschneiderten Vorgaben der EU, sich Deutsche Bank und privates Bankengewerbe in Deutschland des Klageweges bei der EU bedienen. Im Zentrum ihrer Forderungen stand der Wegfall der „Anstaltslast“ und der „Gewährträgerhaftung“, da daraus den Sparkassen und Landesbanken Wettbewerbsvorteile erwüchsen.

Die EU unterwirft die Haushalte der Länder und Kommunen den Profitinteressen der Banken und Spekulanten

Im Juli 2001 „verständigten“ sich EU-Kommission und Regierung Schröder darauf, dass „Anstaltslast“ und Gewähr-



trägerhaftung“ binnen vier Jahren fallen. Die Beziehungen zwischen öffentlicher Hand und öffentlich-rechtlichen Instituten der Sparkassengruppe dürfen sich danach nicht von denen einer profitorientierten Bank und ihren Kunden unterscheiden. Jegliche Verpflichtung z.B. der Kommune zur wirtschaftlichen Hilfe für ihre Sparkasse ist damit verboten. Damit ist die Garantie der Kommune für die Existenz der Sparkasse ebenso verboten. Im Fall der Pleite einer Sparkasse gibt es keine Garantien der Kommune, sind ihre Sparer genauso schutzlos wie die einer Privatbank.

Durch den Wegfall des „Wettbewerbsvorteils“ sind die Sparkassen, obwohl nach wie vor Teil des öffentlichen Dienstes, gezwungen, sich wie Privatbanken zu verhalten. Sie müssen ihre Kredite verteuern und werden Marktanteile an die Privatbanken verlieren.

Die EU überprüft rigoros, ob eine Kapitaleinlage eines Bundeslandes bei seiner Landesbank von dieser so vergütet wird, wie es ein privater Investor akzeptieren würde. Kommt die Kommission zu dem Schluss, dass dies nicht der Fall ist, ahndet sie das Vorgehen des Bundeslandes als „staatliche Beihilfe“, die mit dem Wettbewerbsrecht nicht vereinbar ist und die von der Landesbank verzinst zurückzuzahlen ist.

Es ist klar, dass durch die so diktierte Verteuerung des Geldes sich die Kredite, die Länder und Kommunen bei Landesbanken und Sparkassen aufnehmen, verteuern. Die öffentlichen Haushalte geraten also zunehmend in die direkte Abhängigkeit vom Finanzmarkt, gegenüber dem sie sich bis zur Intervention der Kommission schützen konnten.

(Fortsetzung folgt)

Die SPD-Landtagsfraktionen in Hessen und Thüringen haben erneut gegen die Sparkassen-Privatisierung Stellung genommen:

Schon im Vorfeld der Kommunalwahl rückte die SPD in Hessen die Privatisierungsabsichten der Hessischen CDU-Landesregierung ins Zentrum. Die Landesregierung gefährdet mit der geplanten Novelle des Sparkassengesetzes die Zukunft der hessischen Sparkassen. Dies wird die Hessen-SPD **massiv thematisieren** – auch **mit einem Plakat**, hat die hessische SPD-Landesvorsitzende Andrea Ypsilanti angekündigt. „Wir rücken die Zukunft der Sparkassen ins Blickfeld der Diskussion... **Mit der angekündigten Novelle des Sparkassengesetzes gefährdet die Landesregierung ein weiteres Stück Daseinsvorsorge**“, sagte Ypsilanti.

Als einen „unverantwortlichen Eingriff in den Bestand der öffentlichen Sparkassen und einen Affront gegen die Zusammenarbeit der Bundesländer Hessen und Thüringen im Sparkassenwesen“ bezeichneten am 26. August die beiden SPD-Politiker **Dr. Werner Pidde**, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Thüringen, und **Reinhard Kahl**, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, die von der Regierung Koch vorgelegte Novelle des Sparkassengesetzes.

Der Vorstoß sei inhaltlich ebenso inakzeptabel wie das isolierte Vorgehen der Hessischen Landesregierung gegenüber ihren thüringischen Partnern. Sie kündi-

gen gemeinsam massiven Widerstand gegen das Vorhaben der CDU an, das weder in Hessen umgesetzt werden noch als Blaupause für Thüringen dienen dürfe. Deshalb hätten sich in dieser Frage die SPD-Landtagsfraktionen in beiden Bundesländern auf eine enge Zusammenarbeit gegen die hessischen Pläne und mögliche Folgeinitiativen der Regierung Althaus verständigt.

„Die geplante Sparkassenreform in Hessen darf kein Modell für die Organisation des öffentlichen Sparkassenwesens werden. Wer die Möglichkeit zur Bildung von Stammkapital schafft, macht die Sparkassen grundsätzlich veräußerbar und gibt sie den Kapitalinteressen der Großbanken Preis. Ihre Privatisierung ist dann nicht mehr aufzuhalten“, warnten die beiden SPD-Politiker... „Wenn die Hessische Landesregierung behauptet, die vorgesehene Beschränkung auf den Verkauf von Sparkassen innerhalb der hessischen Sparkassenfamilie sei mit dem EU-Recht vereinbar, so haben wir daran erhebliche Zweifel. Das hartnäckige Vorgehen der EU-Kommission im Streit um das Namensrecht der Sparkassen zeigt, dass die CDU ohne Not die Zerschlagung der Sparkassenlandschaft forciert.“

Selbst wenn es gelänge, die Veräußerung von Sparkassen auf die Sparkassenfamilie zu beschränken, gehe der örtliche Charakter der Institute verloren. „Wer

garantiert dafür, dass die Kommunen nicht dem Veräußerungsdruck nachgeben? Damit werden die Sparkassen zu reinen Finanzbeteiligungen“, kritisierten Pidde und Kahl den eigenmächtigen, ideologisch motivierten Vorstoß der Regierung Koch.

Demgegenüber unterstrichen sie die unverzichtbare Stellung des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens in beiden Bundesländern: „Die Sparkassen sind Partner der Bürgerinnen und Bürger wie der Unternehmen und Dienstleister. Anders als die Großbanken sehen sich die Sparkassen in der Verantwortung für ein Angebot in der Fläche, für die Pflege des Privatkundengeschäfts und die Förderung des Mittelstandes. Und darüber hinaus sind die Sparkassen auch ein wichtiger Arbeitgeber, Ausbilder und Förderer von Ehrenamt und Kultur. Diese Funktion der Sparkassen für das Gemeinwesen und die regionalen Wirtschaftsstrukturen, ihre Rolle als zentraler Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge, wird von der Regierung Koch in unverantwortlicher Weise zur Disposition gestellt. Wir werden gemeinsam alles daran setzen, dass diese Novelle des Sparkassengesetzes in der hessisch-thüringischen Sparkassenfamilie keine Realität wird“, so die beiden SPD-Parlamentarier.

(Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 26. 08. 2006)

„Israel hat den Gazastreifen in ein Gefängnis für 1,4 Millionen Palästinenser verwandelt“ »EL PAIS« (Montag, 28. August 2006) (Auszüge)

»Die sehr ernste Situation, die Gaza durchmacht (...), hat sich noch stark verschlechtert, seit am 25. Juni ein israelischer Soldat entführt wurde. Die israelische Armee hat eine Blockade der Land-, See- und Luftwege errichtet, die den Gazastreifen in ein Gefängnis für 1,4 Millionen Palästinenser verwandelt hat.

„Ich will lieber durch eine Kugel beim Fischen sterben, als zu Hause zu verhungern“, sagt der 53-Jährige Mohamed al-Hesy. Hesy, sein Bruder und drei seiner zwölf Kinder trotzen seit fünf Tagen den Befehlen Israels und fahren mit ihren Booten aufs Meer, um ihre Fischernetze einige Meilen vom Strand entfernt auszuwerfen.

Die israelischen Patrouillen verfolgen sie unaufhörlich. Der Nachthimmel rötet sich von den israelischen Raketen, und Wasser spritzt unter den MG-Sal-

ven auf. Am Samstag wurde ein Fischer schwer verletzt (...). Die Angriffe der Luftwaffe sind noch schlimmer als die der Marine. Israel nennt diese Operation „Sommerregen“, und seine Bombentepiche haben im Gazastreifen Blutbäder angerichtet. Bis gestern stieg nach UNO-Angaben in einer Pressemitteilung die Zahl der palästinensischen Todesopfer auf 202, darunter 44 Kinder. Die UNO schätzt die Zahl der Bombardierungen im Krieg auf 247.

„Vor zwei Wochen haben sie mich im Morgengrauen angerufen. Sie sagten mir, wir hätten 15 Minuten Zeit, das Haus zu verlassen, danach würden sie es zerstören“, berichtet der 25-Jährige Mohamed al-Chumafa vor den Trümmern des Gebäudes in Djabalia, in dem es vier Wohnungen gab: die seines Vaters und die seiner Onkel (...).

Im Flüchtlingslager Djabalia stößt

man überall auf die Spuren des israelischen „Sommerregens“ (...). Die Panzer haben bei einem ihrer Einmärsche 52 Palmen (eines Bauern) enturzelt, andere haben einen 3.500 qm großen Gemüsegarten mit Kartoffeln und grünen Bohnen völlig verwüstet. Der Bauer Ramzi al-Atar musste mit seinem kranken Vater, zwölf Schwestern und drei Brüdern seine Äcker verlassen, um andere zu kultivieren. Außerdem schießen die Israelis auf jeden, der sich dem verwüsteten Gemüsegarten nähert.

Das Wärmekraftwerk von Gaza war eines der Ziele der Bombardierung. Dadurch wird die Stromerzeugung für die Palästinenser auf 65% gesenkt, was bedeutet, dass die große Mehrheit unter der Hitze leiden musste ohne kühlende Ventilatoren. Außerdem werden viele Studenten, wenn die Kurse am 2. September wieder beginnen, nur lernen können, solange Tageslicht herrscht.«

INTERNATIONALE KAMPAGNE FÜR DEN „AUFRUF DER PALÄSTINENSISCHEN FRAUEN VON NAZARETH“

Pressemitteilung der Vereinigung »Sawt el-Amel« (Stimme der Arbeitnehmer) 26. Juli 2006

(Diese Vereinigung hat den Kampf gegen den Wisconsin-Plan in Nazareth aufgenommen und »Dialogue« gebeten, eine internationale Kampagne für den „Aufruf der palästinensischen Frauen von Nazareth“ zu führen.) (Anm. 1 + 2)

NACH dem Tod von zwei Kindern durch eine Katjuscha-Rakete, die Nazareth am 20. Juli 2006 traf, wurde die Stadt zur unsicheren Zone erklärt. Gestern haben Offiziere der Sicherheitsdienste den Bürgermeister besucht und allen Bürgern den Rat gegeben, ihre Häuser nicht zu verlassen, weil es in Nazareth keine Schutzräume gibt. Heute hat der Minister für Industrie, Handel und Arbeit erneut erklärt, dass die Wisconsin-Zentren geschlossen bleiben.

Gegenwärtig ist die Wirtschaft in Nord-Israel buchstäblich lahmgelegt, denn die meisten Arbeitnehmer entscheiden sich dafür, bei ihren Familien und in der Nähe von Schutzräumen zu bleiben. In Städten wie Haifa sind die meisten Betriebe geschlossen. Der Auf-

Krieg gegen die Arbeitslosen

*In Nazareth werden die Mütter
durch den Wisconsin-Plan zur
Arbeit geschickt, während das
ganze übrige Land das Recht hat,
in den Schutzräumen zu bleiben*

enthalt an Orten, wo sich für gewöhnlich viele Menschen aufhalten, wie in den Ladenzentren, den Ferienkolonien für Kinder und den Wisconsin-Zentren, ist im ganzen Norden des Landes verboten.

Doch »Agam Mehalev«, das mit der Leitung der Wisconsin-Zentren beauftragte Unternehmen, hat entschieden, dass alle Arbeitnehmer zur Arbeit gehen müssten, selbst wenn die Zentren geschlossen sind. »Sawt el-Amel« hat mit mehreren Arbeitnehmern gesprochen. Sie erklärten, sich nicht in Sicherheit zu fühlen, weil keines der beiden Wisconsin-Zentren in Nazareth über Schutzräume verfügt (eines davon hat nur einen provisorischen Raum). Außerdem setzt das Unternehmen »Agam Mehalev« selbst in

diesen Zeiten des offenen Krieges seine Kampagne gegen die Arbeitslosen fort, denn eben jetzt am 27. Juli müsste es das Arbeitslosengeld auszahlen. (Die Zahlungen haben sich wegen des Krieges verzögert. Normalerweise ist an jedem 14. des Monats Zahltag.)

Gestern sollten 25 Arbeiterinnen zur Feldarbeit nach Yokenam (nahe Haifa) und nach Bisan (in Hebräisch Bet Shanen), sowie in eine Molkerei nahe Hadera geschickt werden. »Sawt el-Amel« hat erfahren, dass mindestens 13 von ihnen sich weigerten, dahin zu gehen. Eine Arbeiterin von ihnen sagte, dass man sie wegen der Arbeitsverweigerung sofort informiert habe, dass ihr Arbeitslosengeld für zwei Monate gestrichen werde. Die Verantwortlichen des Wisconsin-Plans haben ihre Entscheidung damit gerechtfertigt, dass die Arbeitsplätze angeblich in einer sicheren Zone lägen. Doch gegenwärtig fühlen sich die Leute nirgendwo im Lande in Sicherheit. Was soll man von den 30 km Wegstrecke sagen, die sie bis zur Arbeit hätten zurücklegen müssen? Und ihre Kinder müssten sie allein in Nazareth zurücklassen, das nach offiziellen Angaben nicht in der sicheren Zone liegt? Hat ein Arbeitnehmer nicht das Recht, sich im Falle unzweifelhafter Gefahr von einem Arbeitsplatz fernzuhalten?

Es ist so, als ob die Arbeitnehmer, weil sie dem Wisconsin-Plan unterstehen, auf ihre Arbeitnehmer- und Menschenrechte verzichten sollen. Sie werden Tag um Tag herumgeschubst, ohne Arbeitsverträge und oft genug ohne Lohn. Selbst in der aktuellen Kriegssituation verzichtet die Leitung des Wisconsin-Plans nicht darauf, die Menschen von jeder sozialen Leistung auszuschließen, was die Betroffenen in schlimmstes Elend stürzt.

Die Politik der Leitung des Wisconsin-Plans in Nazareth stellt einen schweren Verstoß gegen die Menschenrechte dar. »Sawt el-Amel« wird die notwendigen Aktionen einleiten, um diese Situation zu beenden.

(Abgedruckt im »Informationsbrief Nr. 2 von Dialogue«, 1. August 2006)



*Demonstration von palästinensischen Frauen in Nazareth:
„Sie haben uns schon unser Land gestohlen. Jetzt nehmen
sie uns auch die Arbeit weg“*

Anm. 1): Die Zeitschrift „Dialogue“ hat über den Aufruf der palästinensischen Frauen aus Nazareth informiert und über den Vorschlag von Louisa Hanoune (Parlamentsabgeordnete in Algerien und Generalsekretärin der Partei der ArbeitnehmerInnen PT), eine „Internationale Konferenz: Solidarität mit allen palästinensischen Frauen“ im November 2006 in Algier zu organisieren

(s. auch »Soziale Politik & Demokratie« Nr. 148).

Anm. 2): »Dialogue« ist eine Zeitschrift für die Diskussion zwischen jüdischen und arabischen KollegInnen in Palästina, die sich für das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr einsetzen und über politische Lösungen diskutieren wollen.

Weitere Informationen über

Carla Boulboullé, Postfach 120 755,
10597 Berlin

Fax-Nummer: 030 / 313 16 62

E-Mail: Carla.Boulboullé@t-online.de